

Expertenbeirat Inklusion

Ergebnisprotokoll der 8. Sitzung vom 10. Juni 2016

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Frau Heuer, Amt für Schulentwicklung, Stadt Köln (Moderation)

Herr Overmann, Regionale Bildungslandschaft - Inklusion, Amt für Schulentwicklung, Stadt Köln (Protokoll)

Herr Dr. Bell, Behindertenbeauftragter der Stadt Köln

Herr Bockschewsky, Schulrat Inklusion, Schulamt für die Stadt Köln

Herr Braunisch, in Vertretung für Herrn Kuhn, Sprecher der Gesamtschulen Köln

Herr Edwards, Sprecher der Förderschulen

Herr Hamerski, Schulpsychologischer Dienst und Familienberatung, Stadt Köln

Frau Kellinghaus-Klingberg, Vertreterin Stadt-Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Dr. Klein, Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport

Herr Kölzer, LVR-Fachbereich Schulen in Vertretung für Frau Dr. Schwarz

Herr Milbradt, Sprecher der Grundschulen mit Gemeinsamem Lernen

Frau Müller-Harth, GEW AK Inklusion

Herr Pfeuffer, Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, Stadt Köln

Herr Prof. Dr. Reich, Internationale Lehr- und Lernforschung, Uni Köln

Frau Schütte, Personalrat, Lehrer/innen an Grundschulen

Frau Schulz-Krause, Sprecherin der Gymnasien

Herr Springob, Universität zu Köln, Zentrum für LehrerInnenbildung (ZfL)

Frau Thoms, mittendrin e. V.

Herr Trapp, Stadtschulpflegschaft

Frau Kempken, Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe und Schulentwicklungsplanung, Stadt Köln (als Gast)

Begrüßung/Formalia

Frau Dr. Klein begrüßt die Anwesenden. Sie berichtet von der Diskussion um die Rahmenbedingungen der schulischen Inklusion aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung.

Sie unterstreicht die wichtige Funktion des Expertenbeirats. Die Stadt sei im Rahmen der Förderung der schulischen Inklusion auf die Expertise des Beirats angewiesen.

Das Inklusionsmonitoring biete durch die empirischen Daten eine gute Grundlage für die Bewertung der Inklusionsentwicklung für weitere Perspektiven. Grundsätzlich sehe sie den schulischen Inklusionsprozess in Köln auf einem guten Weg.

Frau Heuer übernimmt die Moderation und begrüßt die Mitglieder des Expertenbeirats sowie die Herren Kölzer und Braunisch, die heute vertretungsweise an der Sitzung teilnehmen:

- Herr Kölzer, LVR, Fachbereich Schulen vertritt Frau Dr. Schwarz
- Herr Braunisch, didaktischer Leiter der Gesamtschule Holweide, vertritt Herrn Ralph Kuhn

Leider habe es für die Sitzung zahlreiche Absagen gegeben, sodass die heutige Runde etwas kleiner als gewöhnlich sei.

Frau Heuer erklärt, dass die GEW in Zukunft Frau Kellermann für den AK Inklusion in den Expertenbeirat entsenden wird. Sie dankt Frau Müller-Harth für die langjährige und konstruktive Zusammenarbeit, die auf anderer Ebene fortgesetzt werde.

Frau Heuer erläutert, dass Frau Käsch die Schule Berliner Straße verlassen werde, sie trete eine neue Stelle in Bergisch Gladbach an und werde daher ihre Mitarbeit im Expertenbeirat beenden.

Frau Schütte erklärt in diesem Zusammenhang, dass sie ab Sommer ins Sabbatjahr gehe, der Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen werde eine Vertretung für den Expertenbeirat benennen.

Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Die mit den Mitgliedern abgestimmte Fassung des Protokolls wurde Anfang Februar 2016 an alle Teilnehmer versandt. Das Protokoll ist anschließend auf stadt-koeln.de eingestellt worden.

Aktualisierung der Geschäftsordnung

Aufgrund der noch zu erwartenden personellen Veränderung in der Zusammensetzung des Expertenbeirats soll eine Aktualisierung der Geschäftsordnung im November 2016 erfolgen, hier könne dann auch die Präambel mit dem Hinweis auf die Fortschreibung des Inklusionsplans angepasst werden.

Tagesordnungspunkt 1: Informationen der Verwaltung

Arbeitsschwerpunkte des Elternberatungsnetzwerks (Herr Overmann)

Herr Overmann erläutert anhand des vorab an die Mitglieder des Expertenbeirats versandten Kurzberichts (siehe Anlage) die Arbeitsschwerpunkte des Elternberatungsnetzwerks. Er ergänzt, dass am vergangenen Mittwoch das Fachforum "Wenn Eltern nach der Schule fragen..." stattgefunden habe. Es sei mit über 50 Teilnehmenden eine sehr erfolgreiche Veranstaltung gewesen, erste Ideen für eine Folgeveranstaltung gäbe es bereits.

Frau Thoms ergänzt, dass die Veranstaltung ein wichtiger Baustein für die Elternvereine gewesen sei. Die unterschiedlichen Akteure aus der Stadtverwaltung, den Schulen und aus Vereinen würden bereits gut zusammen arbeiten; dass dies nicht selbstverständlich sei, berichteten Teilnehmer aus anderen Kommunen.

Entwicklung UNIS, Unterstützungsnetzwerk Inklusive Schule, Gespräch mit der Schulaufsicht vom 7. Juni 2016 (Frau Ulrike Heuer)

Frau Heuer berichtet vom Gespräch mit der Schulaufsicht zur Perspektive von UNIS. Der Inklusionsplan für Kölner Schulen, mit UNIS als einem Baustein, sei unter sehr breiter Beteiligung erstellt worden und habe für den Rat der Stadt Köln nach wie vor Bestand. Mit dem Stadtbezirk Porz als Vorbild sollte der Vernetzungsgedanke weiterentwickelt und auf andere Stadtbezirke übertragen werden. In Mülheim (als ehemaliges Kompetenzzentrum) habe sich 2015 ein erstes ‚Unterstützungsnetzwerk Inklusive Schule‘ mit einem Kooperationsvertrag zwischen der Schulaufsicht, der Schule und dem Amt für Schulentwicklung gegründet. Aktuelle Entwicklungen, wie zum Beispiel die Arbeit der Inklusionsfachberater, sollten nun aufgegriffen werden um eine Perspektive für den Vernetzungsgedanken von UNIS zu definieren, so Frau Heuer. Folgende Verabredung wurde mit der Schulaufsicht getroffen:

- UNIS wird als ‚Philosophie‘ weiterentwickelt
- Etablierung des Vernetzungsgedankens
- Sicherstellung einer multiprofessionellen Herangehensweise
- Regionalisierung in den 9 Stadtbezirken
- Nutzung der vorhandenen Ressourcen
- Vermeidung von Doppelstrukturen

- Ergebnisoffene Ermittlung der realen Bedarfe in allen Stadtbezirken durch regionale Lenkungsgruppen (jeweils unter Beteiligung von GL-Schulen mit weniger und mit längerer Erfahrung im GL, Schulaufsicht/IFAs, Vertretern des Schulentwicklungsamtes, des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, des schulpsychologischen Dienstes und des Gesundheitsamtes)

Die Initiative der Organisation gehe vom regionalen Bildungsbüro aus, unter Beteiligung der anderen Ämter und der Schulaufsicht/IFAs.

Die weitere Beratung solle in der Lenkungsgruppe Inklusion, im Lenkungskreis der regionalen Bildungslandschaft und hier im Expertenbeirat stattfinden.

Frau Heuer erläutert abschließend, dass die Schulaufsicht UNIS Mülheim evaluieren wolle, das Ergebnis könne dann im Expertenbeirat diskutiert werden. UNIS Mülheim werde auch nach dem Wechsel von Frau Käscher fortgeführt. Die Zusammensetzung der Steuergruppe solle entsprechend der aktuellen Aufgabenstellung angepasst werden.

Herr Bockschewsky ergänzt, dass versucht werden solle, den konkreten Bedarf für ein Unterstützungsnetzwerk vor Ort zu definieren. Das Ergebnis könne für die verschiedenen Stadtbezirke höchst unterschiedlich sein. Herr Bockschewsky berichtet weiter, dass die drei Inklusionsfachberater (IFA) für den SEK I Bereich derzeit mit folgenden Aufgaben in Köln tätig seien:

- im Umfang einer halben Stelle als Lehrerin bzw. Lehrer an einer weiterführenden Schule
- Beratungstätigkeit in der Einsatzschule
- Sicherstellung sonderpädagogischer Fachlichkeit: Durchführung von regionalen Dienstbesprechungen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen
- Unterstützung und Beratung der Schulaufsicht

Die IFAs hätten zudem in den bislang vorgesehenen 7 Regionen (die aber zukünftig strukturell auf die neun Stadtbezirke in Köln zugeschnitten werden sollen) Zuständigkeiten vereinbart, stünden als Ansprechpartner zur Verfügung und führten hier Dienstbesprechungen durch. Nach den Sommerferien werden noch zwei zusätzliche Stellen einmal für den Grundschulbereich und einmal für die Sek I eingerichtet. Außerdem wird es eine weitere an die Bezirksregierung gebundene IFA-Stelle für Köln mit dem Schwerpunkt Übergang Schule - Beruf geben.

Frau Thoms erklärt, dass für die Qualität einer Inklusiven Schule in erster Linie die Schulaufsicht u.a. mit ihrem Fortbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer verantwortlich sei. Die Entwicklung einer Inklusiven Haltung sei wichtig.

Frau Kellinghaus-Klingberg berichtet in diesem Zusammenhang vom erfolgreichen Inklusionstag in der Gesamtschule Holweide mit zahlreichen Gästen, auch aus Belgien. Sie habe den Eindruck, dass Angebote für konkrete Hilfestellungen für Lehrerinnen und Lehrer vorhanden seien und genutzt würden, Zeit für längerfristige Seminare, um beispielsweise an der Inklusiven Haltung zu arbeiten, fehle aber oft.

Herr Braunisch ergänzt abschließend, dass die Qualität einer Inklusiven Schule eng mit der Ressourcenfrage verknüpft sei, hier müsse dringend nachgebessert werden.

Kurzbericht zum Inklusionsmonitoring (Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung)

Frau Kempken stellt einige zentrale Ergebnisse aus dem aktuellen Monitoringbericht vor und weist darauf hin, dass die Aussagekraft der landesstatistischen Daten auch im Schuljahr 2015/16 unverändert sei: die Einführung der Budgetierung im Schuljahr 2014/15 habe nicht - wie erwartet - zu einem Rückgang der Etikettierungen im Bereich der Lern- und Entwicklungsbeeinträchtigungen geführt. Im Gegenteil, die Förderquote sei auch im Schuljahr 2015/16 weiter angestiegen. Frau Kempken weist auf einen Fehler im Kurzbericht auf der Seite 2 hin (Definition des Inklusionsanteils) und sagt zu, dass eine korrigierte Version des Kurzberichtes mit der Niederschrift versandt werde.

Die Mitglieder des Expertenbeirates diskutieren mögliche Ursachen für diese Entwicklung.

Herr Bockschewsky erläutert die neue AO-SF Regelung. Sie besage, dass Verfahren für Lern- und Entwicklungsstörung nur noch eröffnet werden könnten, wenn eine ausreichende Dokumentierung vorläge. Der Wunsch der Eltern oder der Schule für ein solches Verfahren reiche nicht mehr aus.

Frau Thoms weist darauf hin, dass zahlreiche Kinder in der Statistik, die ausschließlich Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf darstelle, nicht erfasst seien.

Frau Dr. Klein erläutert die Ressourcensteuerung durch das Land anhand der Budgetierung für den Bereich der Lern- und Entwicklungsstörung und der Feststellung eines Förderbedarfs für die übrigen Förderschwerpunkte.

Herr Professor Reich ergänzt, dass es in Kanada eine generelle ‚Förderquote‘ für alle Schulen und somit auch keine Etikettierung für die Feststellung des Förderbedarfs gebe. Dies sei ein guter Weg, um die Kinder nicht zu stigmatisieren. In Deutschland sei man aber scheinbar nicht bereit, die hierfür nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Arbeitsschwerpunkte/Arbeitsweise der multiprofessionellen Teams (Frau Ulrike Heuer)

Frau Heuer erläutert, der Landtag habe mit seinem Beschluss über den Haushalt 2016 113 zusätzliche Stellen im Landesdienst für multiprofessionelle Teams zur Integration durch Bildung für neu zugewanderte Schüler/innen geschaffen. Köln habe sich um sieben Stellen beworben. Eingestellt werden könnten im wesentlichen Fachkräfte wie Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Erzieher. Der Bezirksregierung wurde vorgeschlagen, diese sieben Stellen durch Schulsozialarbeiter zu besetzen und in Abstimmung mit der integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und dem Schulamt für die Stadt Köln wurden Kriterien für die Schulstandorte entwickelt:

- Schülerzahl von neu Zugewanderten in der Schule/den Schulen
- Welches Unterstützungsangebot an Schulsozialarbeit/Bildungs- und Teilhabebegleitung ist standortnah bereits vorhanden?
- An welchen Standorten sind die Rahmenbedingungen für die Arbeit in multiprofessionellen Teams gegeben?
- Welche Schulstandorte sind perspektivisch von tiefgreifenden, sozialräumlichen Veränderungen durch Zuwanderung besonders geprägt

Die offizielle Rückmeldung der Bezirksregierung stehe noch aus, die Befristung der Stellen solle aber wohl entfallen.

Die Konzeption solle die Schulsozialarbeit gemeinsam mit dem Schulamt (Frau Vianden) planen.

Tagesordnungspunkt 2: Informationen seitens der Mitglieder

Frau Thoms berichtet von Schwierigkeiten bei der Inklusiven Berufsorientierung. Diese finde in Köln eigentlich nur in der Gesamtschule Holweide statt, anderen Schulen fehle die nötige Expertise.

Frau Heuer greift das Thema auf und kündigt eine Diskussion im Lenkungskreis „Kein Abschluss ohne Anschluss“ an.

Frau Schütte erklärt, dass in den Grundschulen in der Klasse vier die Unterlagen der Schülerinnen und Schüler zum AO-SF Verfahren ‚bereinigt‘ werden müssten. Unklar sei bisher, wer dieser Mehrarbeit erledige. Der aufnehmenden Schule fehlten zudem wichtige Informationen zur Entwicklung der Kinder.

Herr Bockschewsky erklärt, dass dies in den Zuständigkeitsbereich der Schulleitung falle. Auch die Regelungen zum Datenschutz müssten beachtet werden.

Frau Thoms regt an, die Akten komplett in die Verantwortung der Eltern zu geben, sie sollten dann entscheiden, welche Informationen die aufnehmende Schule erhält.

Herr Trapp regt an, die Akten digital zu führen, so könnten Passagen relativ einfach entfernt werden.

Frau Heuer nimmt den Vorschlag auf.

Frau Schütte spricht das Thema Zusammenarbeit Schule und Jugendamt an. In Nippes habe es trotz einer Gefährdungsmeldung (8a Mitteilung) keine Reaktion durch das Jugendamt gegeben. Bei einer betroffenen Familie sei vom Jugendamt nur telefonisch angefragt worden, ob sie Beratungsbedarf hätten, die Familie sei nicht aufgesucht worden und trotz mehrfach betonter Dringlichkeit seitens der Schule sei nichts geschehen. Das besagte Kind besuche seit nun mehreren Monaten keine Schule. Ähnliche Meldungen habe Frau Schütte schon häufiger gehört - Kolleginnen und Kollegen empfänden dies als nicht hilfreich und fragten nach der Sinnhaftigkeit solcher Meldungen, wenn diese nicht weiterverfolgt würden.

Frau Dr. Klein bittet, solche Fälle direkt an Herrn Völlmecke zu melden. Er könne unverzüglich reagieren. Die städtischen Dienste seien in diesem Tätigkeitsbereich beispielsweise durch die Arbeit mit den unbegleiteten zugereisten Kindern stark ausgelastet.

Herr Hamerski erklärt abschließend, dass die 8a Meldung in der Regel das letzte Glied einer langen Kette sei, die Familienberatung und der schulpsychologische Dienst stünden selbstverständlich auch im Vorfeld für unterstützende Maßnahmen bereit.

Frau Kellinghaus-Klingberg erläutert, dass ihre Assistenzkosten, die im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als sachkundige Einwohnerin bei der Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses Schule und Weiterbildung entstünden, seit längerer Zeit durch die Stadt nicht übernommen würden. Sie habe daher an die letzten Ausschusssitzungen nicht mehr teilgenommen.

Herr Dr. Bell erklärt, dass er als Behindertenbeauftragter selbstverständlich die Assistenzkosten für Frau Kellinghaus-Klingberg, die für ihre Teilnahme an Sitzungen Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik entstünden, übernehme. Kosten für die Teilnahme an Ausschüssen als Sachkundige Einwohnerin müssten durch die entsprechende Geschäftsstelle abgedeckt werden.

Frau Dr. Klein und Herr Dr. Bell kündigen eine Klärung an.

Tagesordnungspunkt 3: Schwerpunktthema: Auswirkungen von Armut (und Migration) auf Inklusion (Herr Dr. Bell)

Herr Dr. Bell stellt seine Überlegungen anhand des Vortrags für die folgende Debatte vor (siehe Anlage).

Herr Pfeuffer ergänzt, dass in Köln schon seit längerer Zeit eine Sozialindizierung von Bildungseinrichtungen wie Grundschulen und Kindertagesstätten vorgenommen wird. Auch das NRW-Programm ‚Kein Kind zurücklassen‘ greift diese Thematik der Ressourcenzuteilung auf der Grundlage empirischer Daten zu Bildungs- und Armutsrisiken auf.

Der Stadt lägen Einkommensdaten für die Berechnung der Gebühren für Kindertagesstätten vor, anhand derer ein ‚Sozialindex‘ für Kindertageseinrichtungen gebildet werde. So könnten gezielt Kindertagesstätten mit zusätzlichen Ressourcen des Landes und der Kommune unterstützt und z.B. zu Familienzentren oder plusKITA-Einrichtungen weiter entwickelt werden. Für die Grundschulen greife man auf wohnortbezogene Schülerdaten und kleinräumige Daten zu Transferleistungsbezug nach SGB II zurück, die in Kombination miteinander Abschätzungen zur Größenordnung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an einer Grundschule erlauben, die in prekären Lebensverhältnissen aufwachsen. So könne beispielsweise der Einsatz der Sozialarbeiter an Schulen oder erhöhte OGTS-Fördermittel gesteuert werden.

Bei weiterführenden Schulen gestalte sich die Datenanalyse methodisch schwieriger, hier stünde die Schulform und nicht mehr so sehr die Wohnortnähe im Vordergrund von Analysen.

In der anschließenden intensiven Diskussion werden folgende Aspekte vertieft beraten:

Frau Thoms spricht die ungleiche Gewichtung der Förderschwerpunkte an, scheinbar seien – laut der Förderquote – einige Schülerinnen und Schüler aus bestimmten Förderbereichen ‚schlechter oder schwerer‘ integrierbar. Er müsse aus ihrer Sicht klar definiert werden, wer sonderpädagogisch gefördert werde.

Für Prof. Reich ist die zentrale Frage, was Armut bedinge. Mehr Landesmittel seien sicherlich nötig. Die Ressourcensteuerung durch die Stadt Köln halte er für dringend nötig. Aus seiner Sicht müsse das neunte Sozialgesetzbuch überarbeitet werden, da es im Widerspruch zur Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stehe. Er führt weiter aus, dass die AO-SF Verfahren wissenschaftlich schwer haltbar seien und eigentlich nur als Hilfsmittel zur Attestierung eines Förderbedarfs dienten. Das ICF Verfahren sei wesentlich genauer und klarer und definiere, welche Teilhabe nötig sei und stelle keine ‚Behinderung‘ fest. Die Quote würde mit solch einem Verfahren niedriger ausfallen, benachteiligte Kinder müssten dann aber zusätzlich gefördert werden. Das AO-SF Verfahren müsse ohne Ressourcenverlust geändert werden. Abschließend erklärt Herr Prof. Reich, dass aktuell bundesweit mehr Kinder auf eine Förderschule gingen als in der Vergangenheit, die Exklusion steige an.

Frau Kellinghaus-Klingberg erklärt, dass die Schulen vor Ort unterstützt werden müssten. Oft scheitere es schon an einer adäquaten Möglichkeit der Verständigung. Entsprechende Dolmetscher für Gespräche mit Kindern und Eltern hinzuziehen zu können, sei oft schwierig.

Frau Heuer erklärt, dass das Kommunale Integrationszentrum Möglichkeiten für Dolmetscherleistungen anbiete, Kosten werden (im Rahmen des Budgets) von der Stadt Köln übernommen. Ein Sprachmittler-Pool werde aufgebaut.

Herr Bockschewsky ergänzt, dass die Ausstattung von Schulen viel mehr nach dem ‚Sozialindex‘ ausgerichtet sein müsste. Er gibt den Hinweis auf das Arbeitstreffen ‚Kölner Modell für eine gute inklusive Schule‘. Hier könne eine Idee für eine solche Schule entwickelt werden, gegebenenfalls unter Beteiligung der Universität. Das Ergebnis könne dem Ministerium für Schule und Weiterbildung als Diskussionsgrundlage dienen.

Frau Heuer erklärt, dass auch die Träger der offenen Ganztagschulen sowie die Schulbegleitungen involviert seien. Dies betreffe auch die Finanzierungsfrage, wie die vorhandenen Mittel effektiver eingesetzt werden könnten.

Herr Milbradt erläutert, dass eine kommunale Förderung bereits in den Kindertagesstätten einen guten Start in die Grundschule ermögliche. Wichtig sei festzulegen, welche Informationen die Kindertagesstätten an die Grundschulen weitergeben könnten.

Es müsse zudem definiert werden, wo und wie Familien als System unterstützt werden können.

Herr Edwards erklärt, dass es in Porz mit dem Kompetenzzentrum eine gute Struktur für eine solche Zusammenarbeit gegeben habe und weiterhin gebe. Übergänge von Kindertagesstätte hin zur Schule und von der Grundschule zur weiterführenden Schule würden hier begleitet.

Mittlerweile erlebe er Kinder, deren Familien in der vierten oder fünften Generation im Sozialhilfebezug seien, dies müsse dringend durch Hilfsmaßnahmen unterbrochen werden. Der Förderbedarf für soziale und emotionale Entwicklung habe sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Die Frage um Ressourcen für Schulen durch Lehrerinnen und Lehrern müsse an anderer Stelle diskutiert werden, im Expertenbeirat solle eher konkret über Lösungsmöglichkeiten der Kommune debattiert werden.

Frau Kellinghaus-Klingberg unterstützt die Anregung von Herrn Edwards. Gerade in diesem Bereich müssten die Folgekosten im Blick behalten werden. Prävention sei hier immens wichtig, gegebenenfalls ließe sich ja ein Pilotprojekt entwickeln.

Frau Heuer greift den Gedanken auf und schlägt eine vertiefte Debatte für die nächste Sitzung vor.

Herr Pfeuffer ergänzt, dass die Landeskampagne ‚Kein Kind zurücklassen‘ die Möglichkeit für finanzielle Unterstützung, insbesondere für Beratungsleistungen biete. Des Weiteren stünden EU-Mittel für den sozialräumlichen Blickwinkel zur Verfügung.

Herr Bockschewsky erklärt, dass es Stellenkontingente gegen Unterrichtsausfall gebe, eine schulscharfe Verteilung auf einzelne Standorte sei möglich und werde auch umgesetzt. Zusätzliche Stellen seien, gerade im Grundschulbereich vorhanden, leider würden nicht alle besetzt werden können. Landesweit würden die Lehrerstellen nicht nach einem ‚Sozialindex‘ zugeteilt.

Herr Milbradt weist auf den Fachtag des Regionalen Bildungsbüros in Zusammenarbeit mit dem Schulamt für die Stadt Köln zum Thema Armut hin.

Arbeitstitel: ‚Zunehmende Armut als pädagogische Herausforderung‘

Datum/Ort: 26. Oktober im VHS-Forum im Rautenstrauch-Joest-Museum

Zielgruppe: Lehrerinnen und Lehrer, weitere pädagogische Fachkräfte

Referent: Prof. Dr. Ellinger (Universität Würzburg)

Ziel: Entwicklung von alltagstauglichen inklusiven Strategien

Anmeldung und weitere Infos ab August unter www.bildung.koeln.de

Herr Prof. Reich bietet für die nächste Sitzung des Expertenbeirats einen Bericht zu einer Masterarbeit an der Finkenberg-Schule an.

Frau Heuer dankt für die intensive Diskussion, zahlreiche Fragestellungen konnten geklärt werden, wichtige Themen wurden diskutiert und sollten in anderen Gremien vertieft debattiert werden. Sie erklärt abschließend, dass das Thema ‚entkoppelte Jugendliche‘ auch als Schwerpunktthema im Lenkungskreis der Regionalen Bildungslandschaft diskutiert werde.

Vereinbarungen/nächster Termin

Themen für die nächste Sitzung des Expertenbeirats Inklusion Köln

- Tätigkeitsschwerpunkte der Integrationsfachberater
- Inklusion in der Lehramtsausbildung der Universität zu Köln
- Bericht Masterarbeit an der Finkenberg-Schule

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 22. November 2016, 15:30 bis 19 Uhr statt.

Die im Protokoll aufgeführten Anlagen können Sie im Regionalen Bildungsbüro unter der Telefonnummer 0221 / 221-28772 bestellen.